

Kai Birkholz

**Kommunal-Leasing und
US-Cross-Border-Leasing als alternative
Finanzierungsformen kommunaler
Infrastrukturinvestitionen**

Diplomarbeit

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2003 Diplom.de
ISBN: 9783832477066

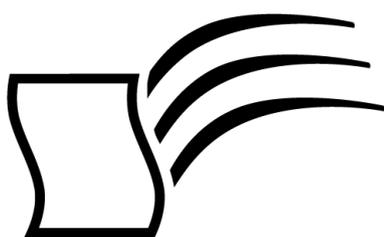
Kai Birkholz

**Kommunal-Leasing und US-Cross-Border-Leasing als
alternative Finanzierungsformen kommunaler Infrastruk-
turinvestitionen**

Kai Birkholz

Kommunal-Leasing und US-Cross-Border-Leasing als alternative Finanzierungsformen kommunaler Infrastrukturinvestitionen

**Diplomarbeit
Universität Potsdam
Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Abgabe Dezember 2003**



Diplom.de

Diplomica GmbH _____
Hermannstal 119k _____
22119 Hamburg _____

Fon: 040 / 655 99 20 _____
Fax: 040 / 655 99 222 _____

agentur@diplom.de _____
www.diplom.de _____

ID 7706

Birkholz, Kai: Kommunal-Leasing und US-Cross-Border-Leasing als alternative
Finanzierungsformen kommunaler Infrastrukturinvestitionen
Hamburg: Diplomica GmbH, 2004
Zugl.: Universität Potsdam, Universität, Diplomarbeit, 2003

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Diplomica GmbH
<http://www.diplom.de>, Hamburg 2004
Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

Abbildungs- / Tabellenverzeichnis.....	IV
Abkürzungsverzeichnis	V
1 EINFÜHRUNG.....	1
1.1 AUSGANGSLAGE.....	1
1.2 PROBLEMSTELLUNG	1
1.3 ZIELSETZUNG	3
1.4 METHODIK UND AUFBAU DER ARBEIT	4
2 FINANZWIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE DER KOMMUNEN.....	6
2.1 HAUSHALTS- UND FINANZPLAN	6
2.2 FINANZSITUATION UND INVESTITIONSBEDARF DER KOMMUNEN.....	7
2.3 FINANZIERUNG DER KOMMUNEN	12
2.3.1 Innenfinanzierung.....	13
2.3.1.1 Selbstfinanzierung	13
2.3.1.2 Finanzierung aus Abschreibungen, Rückstellungen und Kapitalfreisetzung.....	15
2.3.2 Außenfinanzierung über Kredite	16
2.3.2.1 Der Kommunalkredit.....	19
2.3.2.2 Auswirkungen des Neuen öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens.....	22
2.3.2.3 Auswirkungen von Basel II	24
2.3.3 Alternative Finanzierungs- und Organisationsformen.....	25
2.3.3.1 Organisationsformen.....	27
2.3.3.2 Finanzierungsarten.....	30
3 KOMMUNAL-LEASING	34
3.1 DEFINITION DES BEGRIFFS „KOMMUNAL-LEASING“ UND ABGRENZUNGEN	34
3.2 DERZEITIGE NUTZUNG VON KOMMUNAL-LEASING.....	36
3.3 ERSCHEINUNGSFORMEN DES LEASINGS.....	38
3.4 STEUERRECHTLICHE ZURECHNUNG DES LEASINGOBJEKTES.....	43
3.4.1 Bedeutung der Zurechnung	43
3.4.2 Die Zurechnung des Leasingobjektes gemäß der einzelnen Leasingerlasse	45
3.4.3 Spezialleasing	51
3.5 GENEHMIGUNG VON LEASINGVERTRÄGEN.....	52
3.6 HAUSHALTMÄßIGE BERÜCKSICHTIGUNG DER LEASINGRATEN	55
3.7 WIRTSCHAFTLICHKEITSVERGLEICH KOMMUNAL-LEASING VS. KOMMUNALKREDIT.....	56
3.7.1 Verfahren der Investitionsrechnung und ihre Anwendung in den Kommunen	57
3.7.2 Modellrechnung „kreditfinanzierte Eigenerstellung vs. Leasing“	60
3.7.3 Modelldiskussion.....	64
3.7.3.1 Methodik der Vergleichsrechnung.....	64
3.7.3.2 Quantitative Aspekte	64
3.7.3.3 Qualitative Aspekte	78
3.8 ZWISCHENFAZIT „KOMMUNAL-LEASING“.....	83

4	US-CROSS-BORDER-LEASING (US-CBL)	85
4.1	MOTIV UND STRUKTUR DES US-CBL	85
4.2	GESTALTUNG DER ZAHLUNGSSTRÖME	88
4.3	NUTZUNG VON US-CBL SEITENS DER KOMMUNEN	91
4.4	RISIKEN DES US-CBL	92
4.4.1	Externe Ursachen.....	92
4.4.2	Ursachen in der Vertragsgestaltung.....	99
4.5	WEITERE RECHTLICHE FRAGESTELLUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM US-CBL.....	101
4.5.1	Genehmigung von US-CBL-Veträgen	101
4.5.2	Gebührenrechtliche Konsequenzen	103
4.5.2.1	Verlust der Abschreibungsmöglichkeiten.....	103
4.5.2.2	Verwendung des Barwertvorteils.....	105
4.5.3	Rückforderung staatlicher Zuwendungen.....	107
4.6	ZWISCHENFAZIT „US-CROSS-BORDER-LEASING“	108
5	SCHLUSSBETRACHTUNG	110
	Anhang 1	112
	Anhang 2	113
	Anhang 3	114
	LITERATURVERZEICHNIS	115

ABBILDUNGS- / TABELLENVERZEICHNIS

Abbildung 1: Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Kommunen von 1992-2003.....	8
Abbildung 2: Entwicklung der kommunalen Ausgaben für Sachinvestitionen.....	10
Abbildung 3: Entscheidungsabläufe bei der Realisierung kommunaler Investitionen.....	26
Abbildung 4: Erscheinungsformen des Leasings.....	38
Abbildung 5: Zurechnung des Leasingobjektes beim Mobilienleasing (Vollamortisationsverträge).....	48
Abbildung 6: Zurechnung des Leasingobjektes beim Immobilienleasing (Vollamortisationsverträge).....	49
Abbildung 7: Zurechnung des Leasingobjektes beim Mobilienleasing (Teilamortisationsverträge).....	50
Abbildung 8: Zurechnung des Leasingobjektes beim Immobilienleasing (Teilamortisationsverträge).....	51
Abbildung 9: Kumulierte nominale Liquiditätsbelastung Kredit vs. Leasing.....	68
Abbildung 10: Zahlungsströme beim US-Cross-Border-Leasing.....	90
Abbildung 11: Ausgewählte Risiken des US-Cross-Border-Leasings.....	92
Tabelle 1: Kommunaler Investitionsbedarf in Deutschland 2000 bis 2009.....	12
Tabelle 2: Übersicht der Leasingerlasse.....	46
Tabelle 3: Übersicht über die Ausführungsbestimmungen zum Wirtschaftlichkeitsvergleich in den Kommunen der einzelnen Bundesländer...	59
Tabelle 4: Totaler Liquiditätsvergleich nach Kroll für die Leasingvariante (Kaufoptionspreis 200.000 €).....	62
Tabelle 5: Totaler Liquiditätsvergleich nach Kroll für die Kaufvariante.....	63
Tabelle 6: Nominale Liquiditätsbelastung Kredit vs. Leasing.....	66
Tabelle 7: Totaler Liquiditätsvergleich nach Kroll für die Leasingvariante (Kaufoptionspreis 400.000 €).....	69
Tabelle 8: Belastung der Leasinggesellschaft durch Darlehensaufnahme mit einem Tilgungsrest von 200.000 €.	112
Tabelle 9: Annuität beim Kommunalkredit.....	113
Tabelle 10: Belastung der Leasinggesellschaft durch Darlehensaufnahme mit einem Tilgungsrest von 400.000 €.	114

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ABS	Asset-Backed-Securities
AfA	Absetzung für Abnutzung
AO	Abgabenordnung
Bafin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung & Praxis (Zeitschrift)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIS	Bank For International Settlements
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMVWBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
BND	betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer
BOT	Build-Operate-Transfer
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
CBL	Cross-Border-Leasing
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund
EK	Eigenkapital
ESG	Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden
EStG	Einkommensteuergesetz
et al.	et alii (und andere, lat.)
FK	Fremdkapital
FLF	Finanzierung Leasing Factoring (Zeitschrift)
FN	Fußnote
FStrPrivFinG	Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz
GemHV	Gemeindehaushaltsverordnung
GMZ	Grundmietzeit
GO	Gemeindeordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
i.d.R.	in der Regel
KAG	Kommunalabgabengesetz

KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LIBOR	London Interbank Offered Rate
LKW	Lastkraftwagen
MinBl.	Ministerialblatt
NRW	Nordrhein-Westfalen
o. S.	ohne Seite
o. V.	ohne Verfasser
OVG	Oberverwaltungsgericht
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PPP	Public Private Partnership
PSE	Public Sector Entity
Rdn.	Randnummer
UARG	Unterausschuss Reform des Gemeindehaushaltsrechts des AK III der Innenministerkonferenz
URL	Uniform Resource Locator
US-CBL	US-Cross-Border-Leasing
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft

1 EINFÜHRUNG

1.1 Ausgangslage

“Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik.“¹ Das Defizit der kommunalen Haushalte beträgt 2003 voraussichtlich 9,8 Mrd. €.²

Auf der Einnahmenseite macht sich insbesondere der Einbruch bei der Gewerbesteuer – der wichtigsten direkten Einnahmequelle – bemerkbar. Aber auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind konjunkturbedingte Rückgänge zu verzeichnen. Ebenfalls trugen die rückläufigen Investitionszuweisungen von Bund und Ländern zu einer Verschlechterung der Einnahmesituation bei.³ Zusätzliche Belastungen werden durch das voraussichtliche Vorziehen der Steuerreform entstehen.

Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben öffnet sich nicht nur durch Einnahmeausfälle, sondern auch durch zusätzliche Belastungen auf der Ausgabenseite.⁴ Insbesondere bei den Pflichtaufgaben der Kommunen ist mit weiteren Ausgabenzuwächsen zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund fällt es den Kommunen immer schwerer, ihre im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung⁵ obliegenden Aufgaben⁶ wahrzunehmen.

1.2 Problemstellung

Die Ausgabensteigerungen der Kommunen können nicht mehr durch Erhöhungen der Einnahmepositionen ausgeglichen werden.⁷ Die Anhebung der Hebesätze bei den Realsteuern

¹ Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.), [Pressemitteilung Nr. 3], 2.1.2003. Eine Definition von Finanznot, die gleichbedeutend mit dem Begriff der Finanzkrise zu sehen ist, geben *Noll/Ebert/Meyer*: „Eine allgemeine ökonomische Definition von Finanznot, kann darin gesehen werden, daß die Gebietskörperschaft konkret Gefahr läuft, die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit und damit die allgemeine Handlungsfähigkeit zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu verlieren.“ Noll, W.; Ebert, W.; Meyer, S., [Finanznot der Kommunen], 1997, S. 25.

² Vgl. Karrenberg, H.; Münstermann, E., [Gemeindefinanzbericht 2003], 2003, S. 77.

³ Vgl. Karrenberg, H.; Münstermann, E., [Gemeindefinanzbericht 2003], 2003, S. 77.

⁴ Vgl. Karrenberg, H.; Münstermann, E., [Gemeindefinanzbericht 2003], 2003, S. 77.

⁵ Das Recht und die Pflicht der Kommunen, die ihnen im Rahmen gemeindlicher Daseinsvorsorge obliegenden Aufgaben eigenverantwortlich zu lösen, kommt im Grundgesetz (GG) (vgl. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG) sowie in den Gemeindeordnungen der Länder zum Ausdruck (s. bspw. § 1 Abs. 2 der GO Brandenburg).

⁶ Die Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen lassen sich nach Umfang und Intensität in freiwillige Aufgaben (Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen, wie Museen, Theater, Schwimmbäder, Bibliotheken), Pflichtaufgaben und Pflichtaufgaben „zur Erfüllung nach Weisung“ (Weisungsaufgaben) klassifizieren. Vgl. Matschke, M. J.; Hering, T., [Kommunale Finanzierung], 1998, S. 12. Außerhalb ihres Selbstverwaltungsrechtes erfüllen die Gemeinden Auftragsangelegenheiten des Bundes, die aus „Gründen der Zweckmäßigkeit nicht von staatlichen Organen, sondern von den Gemeinden wahrgenommen werden“. Fiebig, H., [Kostenrechnung], 1998, S. 34.

⁷ Vgl. Zimmermann, G., [Finanzierungs- und Organisationsmodelle], 1997, S. 396.

sowie sonstige Steuererhöhungen behindern den wirtschaftlichen Aufschwung und verbieten sich daher in Krisenzeiten. Die sich bietende Möglichkeit über Leistungsentgelte (Gebühren und Beiträge) die Haushaltslage aufzubessern, haben die Kommunen weitgehend ausgeschöpft⁸ und zudem ziehen die in den Kommunalabgabengesetzen enthaltenen Gebührengroundsätze⁹ Grenzen.

Wie bereits die vorherigen Gemeindefinanzberichte zeigt auch der Gemeindefinanzbericht 2003, dass sich die Finanzstruktur in den kommunalen Haushalten zu Lasten der Vermögenshaushalte und damit zu Lasten der Investitionstätigkeit verschiebt. Die Sachinvestitionen haben sich im Jahr 2003 gegenüber 1993 um ca. 25% verringert.¹⁰

Die Problematik der verminderten Investitionstätigkeit liegt in einem weiterhin hohen Investitionsbedarf begründet. Die Bereitstellung einer in quantitativer und qualitativer Hinsicht ausreichenden Infrastruktur stellt eine komplementäre Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum dar. Den Kommunen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, da statistisch gesehen ca. 2/3 der öffentlichen Investitionen auf den kommunalen Bereich entfallen.¹¹

Aufgrund der Tatsache, dass die Überschüsse der kommunalen Verwaltungshaushalte nicht ausreichen den Investitionsbedarf zu decken, wurde in der Vergangenheit vorwiegend auf den Kommunalkredit als Ultima Ratio der Finanzierung zurückgegriffen. Die Genehmigung der Kreditaufnahme wird jedoch zunehmend restriktiver von der Kommunalaufsicht gehandhabt, da die in den Gemeindehaushaltsverordnungen (GemHV) bzw. Gemeindeordnungen (GO) geforderten Pflichtzuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt immer seltener von den Kommunen erfüllt werden können. Im Jahr 2003 beträgt das Defizit der kommunalen Verwaltungshaushalte voraussichtlich 1,85 Mrd. €.¹²

Vor diesem Hintergrund sind Kommunen darauf angewiesen, verstärkt alternative Finanzierungsformen zu prüfen und bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit anzuwenden. Die in dieser Arbeit diskutierten Finanzierungsformen stellen allerdings keine Alternative zu einer Modernisierung der Verwaltung dar. Sie sind vielmehr integraler Bestandteil einer Reihe von Reformmaßnahmen, die unter den Begriffen des Neuen Steuerungsmodells und des New Public Managements diskutiert werden.¹³ Die Reformideen haben die Effizienz-

⁸ Vgl. Karrenberg, H.; Münstermann E., [Gemeindefinanzbericht 2002], 2002, S. 11; Kirchhoff, U.; Müller-Godeffroy, H., [Finanzierungsmodelle], 1996, S. 9.

⁹ Vgl. Mohl, H., [Gebührendiskussion], 2000, S. 211.

¹⁰ Vgl. Karrenberg, H.; Münstermann, E., [Gemeindefinanzbericht 2003], 2003, S. 77.

¹¹ Vgl. Marek, M., [Kommunales Leasing – wichtiger denn je!], 2000, S. 61.

¹² Vgl. Karrenberg, H.; Münstermann, E., [Gemeindefinanzbericht 2003], 2003, S. 77.

¹³ Zum Thema New Public Management und Neues Steuerungsmodell vgl. bspw. Reichard, C., [Public Management], 2003, S. 496-518. Reichard, C., [“Neue Steuerungsmodell“], 2002. Reichard, C.; Röber, M., [New Public Management], 2001, S. 371-392.

steigerung und die Erhöhung der Transparenz kommunaler Tätigkeiten zum Ziel. Zu diesen Maßnahmen zählen u.a. die Leistungstiefenentscheidung (Make-or-buy-Frage)¹⁴, Prozessoptimierungen, Innovationen im Finanzmanagement und Rechnungswesen (Einführung der Doppik und einer KLR sowie die Output-Budgetierung)¹⁵ und Innovationen im Personalmanagement¹⁶.

1.3 Zielsetzung

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, zwei alternative Finanzierungsformen zu diskutieren und damit einen Lösungsansatz der Konfliktsituation zwischen Investitionsdruck und begrenzten öffentlichen Finanzmitteln aufzuzeigen.

Dazu findet eine intensive Auseinandersetzung mit dem Kommunal-Leasing statt. „Wer Leasing nicht ernsthaft als Alternative zur konventionellen Kreditfinanzierung prüft und wer Leasing nur als reines Finanzierungsinstrument begreift, verstößt gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot des § 7 der Haushaltsordnung.“¹⁷ Die Ausführungen sollen insbesondere klären, ob sich mit der Nutzung des Leasings für die Kommunen Vorteile gegenüber einer kommunalkreditfinanzierten Investition ergeben können und damit Leasing einen Beitrag zur Auflösung des Investitionsstaus leisten kann. Die Ausführungen beziehen sich überwiegend auf das Immobilien- und das Großmobilenleasing.

Ebenfalls wird auf das in den letzten Jahren zunehmend von den Kommunen bzw. von den kommunalen Unternehmen genutzte Finanzierungsinstrument des US-Cross-Border-Leasings eingegangen. Dieses US-Steuersparmodell ermöglicht der deutschen Kommune die Vereinnahmung liquider Finanzmittel in Form eines Barwertvorteils. Die Arbeit soll dem Leser die Struktur der Transaktion näher bringen und die damit verbundenen Chancen und Risiken beleuchten. Damit soll u.a. ein Beitrag zur Versachlichung der teilweise sehr emotional geführten Debatte geleistet werden. Vorrangig geht es allerdings um die Frage, ob unter Risikogesichtspunkten der Einsatz von US-Cross-Border-Leasing-Geschäften zur Entlastung der kommunalen Haushalte bzw. zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen zu vertreten ist. Im Zusammenhang mit der Entlastungs- bzw. Finanzierungswirkung ist ebenfalls die Frage zu beantworten, ob der Barwertvorteil dem allgemeinen Haushalt oder eventuell dem Gebührenhaushalt zuzuführen ist.

¹⁴ Vgl. Naschold, F.; Budäus, D.; Jann, W., et al. (Hrsg.), [Leistungstiefe], 1996.

¹⁵ Vgl. Reichard, C., [Innovationen in Finanzmanagement und Rechnungswesen], 1999, S. 49-62; Reichard, C.; Bals, H., [Resource-based Accounting and Output-Budgeting], 2002, S. 137-151. Für eine umfangreiche Thematisierung des Neuen öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens vgl. Lüder, K., [Neues öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen], 2001.

¹⁶ Vgl. Reichard, C., [Innovationen im Personalmanagement], 1999, S. 37-49.

¹⁷ Kiefer, D., zitiert nach: Brede, H., [Diskussion], 1997, S. 167.

1.4 Methodik und Aufbau der Arbeit

Das Literaturstudium bildet die Grundlage der Arbeit, wobei durch die Vielzahl der berücksichtigten Quellen und Autoren versucht wurde, eine möglichst umfassende und abgewogene Darstellung des Themas sicherzustellen.

Ergänzt wurde die Arbeit durch die Befragung von Experten, die zur Klärung von finanzierungstechnischen, haushaltsrechtlichen und juristischen Fragen beitrugen. Insbesondere im Rahmen der im Abschnitt 3.7.1 durchgeführten Analyse, welche Verfahren der Wirtschaftlichkeitsrechnung die Kommunen anzuwenden haben, wurden die Innenministerien der Länder befragt.

Bei der Bearbeitung des Themas „US-Cross-Border-Leasing“ wurde auch auf Diskussionsbeiträge und Erfahrungen zurückgegriffen, die im Rahmen der Teilnahme an einem Seminar des Bildungszentrums für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft GmbH am 15.7.2003 in Duisburg gesammelt wurden.

Im folgenden Kapitel 2 wird auf die finanzwirtschaftlichen Aspekte der Kommunen Bezug genommen. Es wird die Finanzsituation der Kommunen beleuchtet und dem zukünftigen Investitionsbedarf gegenübergestellt. Anschließend wird auf die klassischen Finanzierungsquellen der Kommunen eingegangen. Im Hinblick auf den der Außenfinanzierung hinzuzurechnenden Kommunalkredit wird kurz die Frage angerissen, welche Auswirkungen mit aktuellen Entwicklungen wie Neues Kommunales Haushalt- und Rechnungswesen sowie Basel II verbunden sind. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation, der zunehmend restriktiveren Kreditgenehmigung und dem weiterhin hohen Investitionsbedarf werden kurz derzeitig diskutierte alternative Organisations- und Finanzierungsmodelle dargestellt. Diese versprechen eine effizientere Verwendung der knappen Mittel und sollen daher zu einer Entlastung der Haushalte führen bzw. einen Beitrag zur Auflösung des Investitionsstaus leisten.

Im Kapitel 3 wird ausführlich auf eine alternative Finanzierungsform – das Kommunal-Leasing – eingegangen. Nach einer begrifflichen Klärung des „Kommunal-Leasings“ werden die einzelnen Erscheinungsformen des Leasings erläutert. Anschließend wird zunächst geklärt, ob eine Zurechnung beim Leasinggeber bzw. Leasingnehmer auch bei den nicht steuerpflichtigen Kommunen von Bedeutung ist. Nach Klärung dieser Frage wird auf die einzelnen Leasingerlasse eingegangen, welche die steuerliche Zurechnung des Leasingobjektes in Abhängigkeit der Vertragsgestaltung regeln.